

OÖ. PLATTFORM KLIMA, ENERGIE UND VERKEHR

Zusammenarbeit von oö. Klimaschutz-, Energie- und Verkehrsinitiativen

Presseaussendung „Energiewende“:

EU-Klimastrategie 2030 zu wenig ambitioniert!

Mit Energiestrategie Österreich 2030 die Energiewende forcieren!

Die Energie- und Umweltminister der EU befassen sich in diesem März mit der EU-Klimastrategie 2030, die von der EU-Kommission am 21. Jänner vorgestellt wurde. Bei dieser Klimastrategie geht es um eine abgeschwächte Fortsetzung der Klimastrategie 2020. Sie hat heftige Reaktionen ausgelöst.

- Die **Industrie** protestiert, weil ihr das Ziel, bis 2030 die Treibhausgas-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren, zu hoch gesteckt ist.
- Die **NGO's** kritisieren hingegen, dass die EU-Kommission außer diesem 40%-Ziel keine weiteren Ziele bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien verbindlich festgesetzt hat.

Wir schließen uns der Kritik der NGO's an und ersuchen Sie, folgende Forderungen und grundsätzliche Überlegungen in die Diskussion über die „EU-Klimastrategie 2030“ und bei der Erarbeitung der „Energiestrategie Österreich 2030“ einzubringen:

1) JA zu einer echten Energiewende!

- **Bis 2030 40 % weniger Treibhausgas-Emissionen!**
- **Weg mit direkter und indirekter Subventionierung von Fossil- und Atomenergie!**
- **Verpflichtende Ziele bei Energieeffizienz und erneuerbarer Energie!**
- **Fortschritte bei der Energieeffizienz müssen zum Rückgang des Energieverbrauches führen! Fernziel: Gleiche Lebensqualität mit halbem Energieeinsatz!**

2) Fossile Energieträger durch schrittweise steigende CO2-Abgabe belasten. Nur wenn Klimagase politisch verteuert werden, kann der Markt im Sinne der Energie- und Verkehrswende reagieren.

- **Mit der CO2-Abgabe einen Fonds speisen und das Aufkommen verwenden –**
 - **für flächendeckende, unabhängige Energie- und Mobilitätsberatung (durch geringeren Energieverbrauch steigende CO2-Abgabe kompensieren);**
 - **zur Senkung der Lohnnebenkosten und für sozialen Ausgleich.**
- **Der Emissionshandel soll durch die CO2-Abgabe ersetzt werden.**

3) Zunehmendes Wind- und Solarstromaufkommen erfordert

- **eine Stromspeicher-Offensive (dezentrale Speicherung ist besonderes wichtig)**
- **und förderliche Rahmenbedingungen für die E-Mobilität (System Bahn als wesentlicher Teil der E-Mobilität und der Energie- und Verkehrseffizienz).**

4) Die kaufmännische Praxis beim Stromhandel muss der neuen physikalischen

Situation angepasst werden. Wir können zwar nicht 100%-ig beweisen, ob wir mit unseren Abgasen den Klimawandel verursachen. Wir können aber auch das Gegenteil nicht beweisen.

Peter Baalman e.h.
Interimistischer Plattform-Sprecher

Hauptstraße 78
4890 Frankenmarkt
Mobil 0699/10363695
E-Mail schiennenpeter@aon.at
www.fahrgast-ooe.at

Heinrich Höbarth e.h.
Obmann „Klimaschutz-Initiative“
www.ks-i.org

Fabrikstraße 28
4600 Wels
Mobil 0664/4016102
E-Mail heinrich.hoebarth@gmx.at

Erläuternde Beilagen:

A) CO₂-Abgabe

B) Stromspeicher-Offensive und E-Mobilität

C) Kaufmännische Praxis beim Stromhandel der neuen physikalischen Situation anpassen

A) CO₂-Abgabe

Nur wenn Klimagase politisch verteuert werden, kann der Markt im Sinne der Energie- und Verkehrswende reagieren.

Fossile Energieträger (und Atomstrom) über einen längeren Zeitraum durch eine in kleinen Schritten steigende CO₂-Abgabe belasten.

Mit dieser Abgabe einen Fonds speisen und das Aufkommen verwenden –

- **für flächendeckende, unabhängige Gratis-Energie- und -Mobilitätsberatung**
 - **steigende CO₂-Abgabe durch geringeren Energieverbrauch kompensieren**
 - **auch in kleinen Gemeinden mindestens je eine kompetente Beratungsperson**
- **zur Senkung der Lohnnebenkosten**
- **für sozialen Ausgleich**
- **So kommt es auf indirektem Wege zu Aufkommensneutralität**
- **Gesamte EU oder EU-Pionierstaaten als Vorreiter**

Die Ökologisierung des Abgabensystems steht schon lange zur Diskussion, wird von Experten schon lange empfohlen und von NGO's gefordert.

1) Die Energie- und Verkehrswende muss der Bevölkerung erklärt und begründet werden:

Die fossilen Energieträger sind nicht nur wegen der Klimaerwärmung ein Problem, sondern auch wegen der Energie-Auslandsabhängigkeit, wegen der Abhängigkeit von instabilen Regionen, der hohen Importkosten, der drohenden Verknappung und wegen ökologischer Gefahren bei Förderung und Transport.

Durch aktive Beratung und intensiven Dialog mit der Bevölkerung muss die Energie- und Verkehrswende zu den Haushalten (vor allem zu den armen) und zu den Betrieben „gebracht“ werden, damit diese umso mehr in der Lage sind, die steigende CO₂-Abgabe durch geringeren Energieverbrauch zu kompensieren.

Durch die Anwesenheit von Beraterinnen und Beratern muss in jeder Gemeinde die ständige Aufforderung präsent sein, im Sinne der Energie- und Verkehrswende aktiv zu werden und die steigende Abgabe durch geringeren Energieverbrauch auszugleichen.

So wird das alte Energiedenken durch neues ersetzt:

- *Altes Denken*: Stabilisierung der Energiekosten durch Kampf gegen steigende Energiepreise.
- *Neues Denken*: Stabilisierung der Energiekosten trotz steigender CO₂-Abgabe durch mehr Energieeffizienz, also durch geringeren Energieeinsatz.

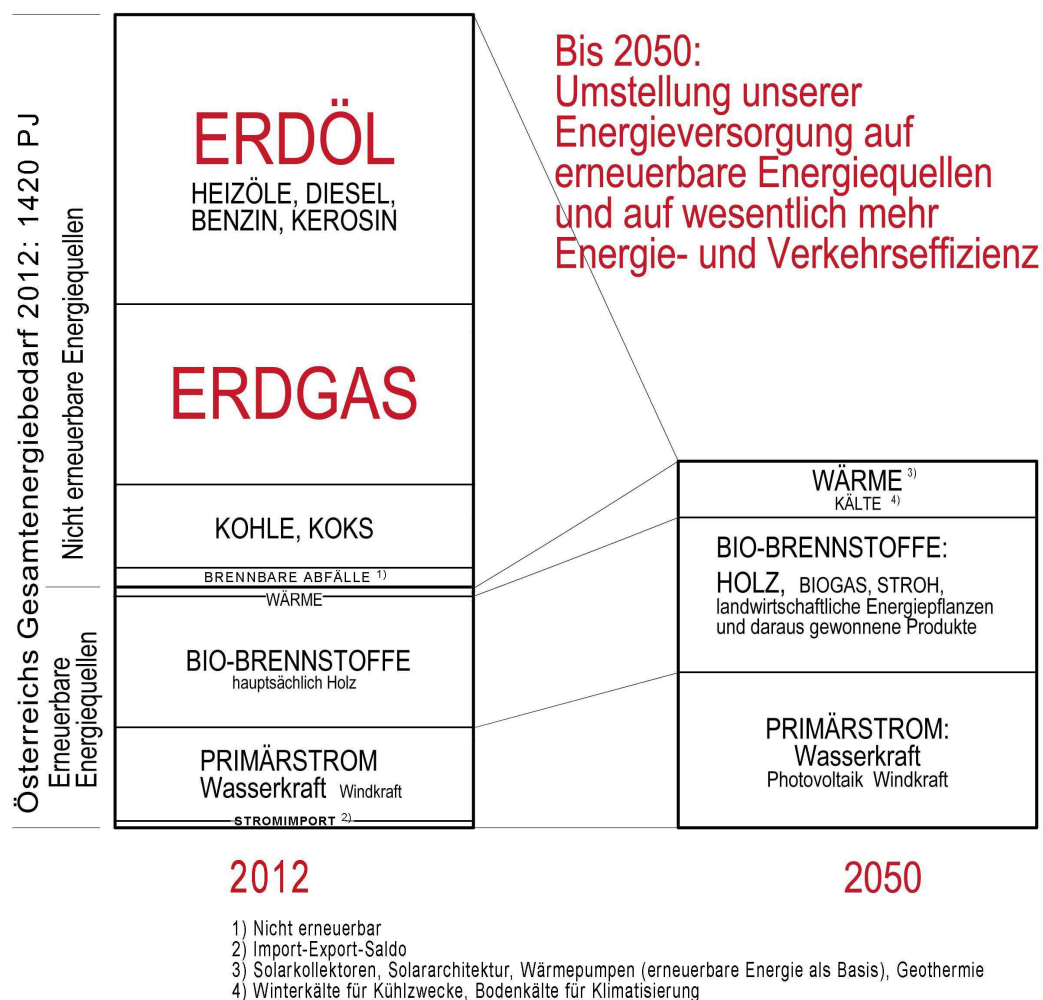
Die CO₂-Abgabe ist mit dem Ökostromzuschlag vergleichbar. Es wurde allerdings verabsäumt, der Bevölkerung zu erklären, dass das Ökostromgesetz auch als Stromspargesetz zu verstehen ist und daher vom Ökostromzuschlag eine stromverbrauchs-senkende Wirkung ausgehen müsste. Den steigenden Ökostromzuschlag durch geringeren Stromverbrauch zu kompensieren müsste das Ziel sein.

2) Rückgang beim Verbrauch fossiler Energien und Offensive bei erneuerbaren Energieträgern notwendig:

Die CO₂-Abgabe bewirkt eine rege Nachfrage nach solarem Primärstrom und abgeleiteten Produkten, wie z. B. Kohlenwasserstoffen auf der Basis von solar erzeugtem Wasserstoff.

Die derzeitige Energiewende-Politik baut in erster Linie auf Förderungen auf. Ohne Druck verschlingen aber Förderungen bloß viel Geld, ohne den nötigen Rückgang des Verbrauchs fossiler Energieträger zu bewirken. Erneuerbare Energie wäre zum Teil bloß Additivenergie, der nötige substitutive Prozess bliebe aus.

3) Halbierung des Gesamtenergieverbrauches notwendig:



Dieser Rückgang ist notwendig, weil aus heutiger Sicht aus erneuerbaren Energiequellen nur etwa die Hälfte unseres heutigen Energieverbrauchs aufgebracht werden kann. Dies wird durch Studien belegt:

1) Wolfgang Streicher u. a., Studie „Energieautarkie für Österreich 2050“, Innsbruck 2010 (in Auftrag gegeben vom Umweltministerium):
<http://www.lebensministerium.at/suchergebnisse.html?queryString=Wolfgang+Streicher+Energieautarkie+f%C3%BCr+%C3%96sterreich+2050&Suche=Suche>

2) Institut für Höhere Studien, 29. April 2011 (in Auftrag gegeben von Greenpeace, EVN und Gewerkschaft vida); abgelesene Werte von Diagramm auf Seite 3, Abb. B.
<http://www.greenpeace.org/austria/de/multimedia/Publikationen/dokumente/energy-revolution/>

3) Verein „Klimaschutz-Initiative“ www.ks-i.org – Konzept – Umstieg auf erneuerbare Energiequellen als einziger Ausweg.

4) Reinhold Christian u. a., „Energie der Zukunft. Energieautarkie für Österreich?“, St. Pölten 2011, hgg. von Umwelt Management Austria (www.uma.or.at); gerundete Werte.

Daher ist es wichtig, dass in die kommende „Energierategie Österreich 2030“, die demnächst Diskussionsthema sein wird, die CO₂-Abgabe, wie sie oben dargestellt wurde, aufgenommen wird und die Stabilisierung der gesamtstaatlichen Nachfrage nach Energiedienstleistungen und Dienstleistungen im motorisierten Verkehr als Ziel festgeschrieben wird. Nur dadurch kann es gelingen, dass die steigende Energie- und Verkehrseffizienz zu einem Rückgang beim Energieeinsatz führt und nicht durch steigende Nachfrage bei den energetischen Dienstleistungen „aufgefressen“ wird (stärker motorisierte Autos, mehr gefahrene Jahrskilometer pro Kfz., größere beheizte Räume und höhere Raumtemperatur...).

Energie-Umwandlungskette:

Primärenergie = Energieträger, wie er uns in der Natur zur Verfügung steht (Erdöl, Kohle, Erdgas, Holzstämme und -äste, Wasserkraft, Windkraft, Energie von Solaranlagen...)

Endenergie = Energie, wie sie dem Konsumenten zur Verfügung steht (Heizöl, Treibstoff, Holzpellets, Strom von der Steckdose ...)

Nutzenergie = Energie, die vom Heizkörper abgegeben wird, von den Antriebsrädern eines Kfz's auf die Straße übertragen wird ...

Energiedienstleistung (Beispiele) =

= behagliche, helle Räume

= Fahrten von A nach B mit bestimmtem Komfort und in bestimmter Zeit

= Bearbeitung von Materialien/Gegenständen

= Bereitung/Aufbewahrung von Lebensmitteln

= Sauberkeit von Wäsche, Geschirr und Wohnung ...

Wir brauchen eigentlich nicht Energie, sondern Energiedienstleistungen.

Ziel der Energie- und Verkehrswende: Dieselbe Energiedienstleistung mit halbem Energieaufwand.

Die Belastung fossiler Energien mit einer CO₂-Abgabe bewirkt, dass alle Energieträger preislich nachziehen. So können sowohl der geordnete Rückzug aus der fossilen Energie als auch die Reduktion des Gesamtenergieverbrauches gelingen (Abkoppelung von der alleinigen Steuerung der Energieentwicklung durch die Weltmarktpreise, die einmal steigen und dann wieder fallen). Die Errichtung von Ökostromanlagen wird durch die CO₂-Abgabe mit der Zeit rentabel, sodass Förderungen auslaufen können und künftig nicht mehr nötig sind.

Bei Fortsetzung des Trends der „Energierategie Österreich 2020“ wären wir auch 2050 noch zur Hälfte von fossilen Energieträgern abhängig.

Durch eine EU-weite CO₂-Abgabe würde der Preis des fossilen Stroms generell steigen und zugleich auch der so genannte Marktpreis für Strom an der EEX (European Energy Exchange, Strombörse in Leipzig, an der Strom aus Deutschland, Frankreich und Österreich gehandelt wird) zulegen. Die CO₂-Abgabe würde damit auch dem Strom aus erneuerbaren Energiequellen marktgerechte Preise garantieren.

4) Abgabenhöhe und Steigerungsdynamik:

Die politisch zu beschließende Höhe und Steigerungsdynamik der CO₂-Abgabe ist abhängig von der Umleitung bisheriger Subventionen für die fossile und atomare Stromwirtschaft hin zu den erneuerbaren Energieträgern und vom Weltmarktpreis für fossile Energieträger. Vorschlag: Anstieg pro Jahr um 0,2 Cent pro kWh als Richtwert. Über das Ausmaß der Steigerungsdynamik (Höhe des jährlichen Anstiegs und Dauer der Dynamik) müssen alle

informiert werden, was sowohl für Private als auch für die Wirtschaft Planungssicherheit ermöglicht. Von Zeit zu Zeit kann diese Dynamik nach ihrer Wirksamkeit überprüft werden und je nach Notwendigkeit geändert werden (Verschärfung/Entschärfung, Verlängerung/Verkürzung).

Ohne CO₂-Abgabe würden die Energiepreise noch längere Zeit relativ niedrig bleiben, sodass sich die Anreize fürs Energiesparen, für Investitionen in mehr Energieeffizienz und für den Umstieg auf erneuerbare Energien in Grenzen halten würden.

5) Aufkommen aus der CO₂-Abgabe:

Bei einer CO₂-Abgabe auf fossile Brenn- und Treibstoffe in der Höhe von 0,2 Cent pro kWh (2 Cent pro Liter Treibstoff) wäre schon ein Aufkommen von ca. 370 Millionen Euro pro Jahr erzielbar (wenn man 183 Milliarden kWh als Basis annimmt). Eine Anstiegsdynamik mit 0,2 Cent pro Jahr wäre sicher verkräftbar.

Der Gesamtenergieverbrauch Österreichs lag 2012 bei 1.420 PJ, wobei der fossile Anteil ca. 1.000 PJ ausmachte. Der energetische Endverbrauch betrug ca. 1.100 PJ. Davon kamen bei den fossilen Brenn- und Treibstoffen ca. 660 PJ beim Konsumenten zum Einsatz – das sind 183 Milliarden kWh.

0,2 Cent pro kWh hieße auf Treibstoffe bezogen 2 Cent pro Liter Treibstoff (der Energiegehalt von Benzin und Diesel liegt bei ca. 10 kWh pro Liter). Statt 1,30 Euro würde also ein Liter Treibstoff im ersten Jahr der Einführung der CO₂-Abgabe 1,32 Euro kosten, im folgenden Jahr (bei einer Anstiegsdynamik von 0,2 Cent pro Jahr) 1,34 Euro. Usw.

Ab dem Zeitpunkt, da die CO₂-Abgabe Energieverbrauch-senkend wirksam würde, müsste ein Teil des Aufkommens an den Fiskus als Ersatz für die schwindende MÖSt überwiesen werden. Irgendwann würde es notwendig werden, auch Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu besteuern, wobei die Belastung fossiler Energieträger immer höher sein müsste.

6) Sozialer Ausgleich:

Ärmere Haushalte brauchen besondere finanzielle und beratende Zuwendungen (z. B. geförderte Gerätetausch-Aktionen). Diesen Wohlstands-Nachzüglern muss ein Aufholen ermöglicht werden.

7) Rücksicht auf Industrie:

Der energieintensiven Industrie muss bei der Energiewende unter die Arme gegriffen werden. Aber sie muss sich auch zur Anpassung entscheiden. „Wirtschaft“ ist nämlich nicht ein absoluter Bereich für sich, sondern Produktion von Gütern und Leistung von Diensten für uns Menschen. Der Klimaschutz erfordert so manche Änderung, auch in der Wirtschaft. Und Änderungen sind immer mit Herausforderungen verbunden – auch mit unangenehmen.

8) Der Emissionshandel soll durch die CO₂-Abgabe ersetzt werden:

Man glaubte, der Handel mit Emissionszertifikaten würde zur Reduktion von Klimagasen beitragen. Wie man zugeben muss, führte er aus verschiedenen Gründen nicht zum Erfolg. Er ist auch mit dem Problem behaftet, dass nur große CO₂-Emittenten der Industrie und der Stromproduktion zu diesem Handel verpflichtet sind. Mit einer generellen Abgabe auf fossile Energien werden aber alle Sektoren erfasst, die gesamte Wirtschaft, der Verkehr, die Raumwärme und die Haushalte.

Die politisch geregelte CO₂-Abgabe ist besser geeignet, Investitionssicherheit für alle Investoren im Strommarkt und in der Industrie zu gewährleisten als die ständig schwankenden Preise der Emissionszertifikate.

9) Wir schlagen die Bildung eines WIFO-Gremiums vor, das sich intensiv mit der Einführung einer CO2-Abgabe auseinander setzt und ein Konzept erstellt.

Ernst Ulrich von Weizsäcker im Interview: „Ich bin dafür, dass man Energie in kleinen Schritten teurer macht, allerdings im Gleichschritt mit Effizienzgewinn. (...) Wenn Energie langfristig im Gleichschritt mit Effizienzgewinnen teurer wird, wäre das, wenn man es richtig angeht, beinahe ein Nullsummenspiel und sozial verträglich.“ (Oberösterreichische Nachrichten vom 8. Juni 2013)

Österreich sollte als Pionierstaat diese Chance des lenkenden Eingriffes nützen und auch auf EU-Ebene die CO2-Abgabe fordern, bevor es zu spät ist und die Multis auf Grund von Öl-Verknappung mit dem Ölpreis abfahren, uns damit jeglichen staatlichen Gestaltungsspielraum wegnehmen und selber die Milliarden Euro kassieren.

B) Stromspeicher-Offensive und E-Mobilität

- **Dezentrale Speicherung ist besonderes wichtig**
- **Wir brauchen förderliche Rahmenbedingungen für die E-Mobilität**
- **System Bahn als wesentlicher Teil der E-Mobilität und der Energie- und Verkehrseffizienz**

1) Dezentrale Speicherung ist besonders wichtig:

Strom von Wind und Sonne ist von Natur aus Strom aus dezentraler Aufbringung, somit vorteilhaft für die Versorgungssicherheit und für die ländlichen Regionen und deren Wertschöpfung. Inländische Aufbringung ist ein weiterer Sicherheitsfaktor.

Dass Strom von Wind und Sonne gefördert wird und Vorrang hat bei der Einspeisung, ist in Ordnung, denn so kann die anfallende Wind- und Sonnenenergie trotz starker Schwankungen in vollem technisch möglichem Ausmaß geerntet werden. Um aber dem wachsenden Anteil von Wind- und Sonnenstrom und somit dem stark schwankendem Stromaufkommen entsprechen zu können, muss der Errichtung von Komplementärstrukturen, wie Stromspeicheranlagen und Hochspannungsleitungen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, um bei Windflauten genügend Ausgleichsstrom zur Verfügung zu haben. Darauf zu achten wurde leider verabsäumt.

Folgende Speichertechniken sind möglich: Pumpspeicherung, Batterie-Speicherung, Erzeugung von Wasserstoff durch Elektrolyse von Wasser, Erzeugung von Kohlenwasserstoffen durch Synthese von solar erzeugtem Wasserstoff mit CO₂ (auch zur Substitution fossiler Kohlenwasserstoffe) usw.

Für die Speicheranlagen gilt dasselbe wie für die Stromaufbringung aus Wind und Sonne: Dezentrale Anlagen ersparen uns extrem lange Höchstspannungsleitungen und dienen der Versorgungssicherheit.

2) Wir brauchen förderliche Rahmenbedingungen für die E-Mobilität:

Der **Verkehr ist das Hauptproblem beim Klimaschutz**. Ein Drittel des Endenergieverbrauches verursacht der Verkehr (einschließlich Tanktourismus). Während im Jahr 1990 der Verkehr ca. 190 PJ Energie verbrauchte, setzt er heute 370 PJ um – fast nur fossile Energie.

Im Verkehr wird der Strom die energetische Hauptsäule werden. Daher muss in den herkömmlichen Stromdomänen der Stromverbrauch sukzessive zurückgehen, um dem Verkehr im Stromsektor Platz einräumen zu können. Auch im Verkehr muss der Energieeinsatz in Richtung Halbierung reduziert werden.

Auf EU-Ebene wurde versäumt, in die „Klimastrategie 2020“ klare Richtlinien für die Autohersteller aufzunehmen. Besonders in Deutschland wäre es notwendig gewesen, parallel zum Ausbau von Wind- und Solarstrom entsprechende E-Mobilitäts-Regionen einzurichten. Es hätte dafür gesorgt werden müssen, dass parallel zur steigenden Stromerzeugung aus Sonne und Wind die E-Mobilität mitwächst (und Speicherstrukturen aufgebaut werden).

Bei **batteriebetriebenen E-Autos** gibt es die Probleme der kurzen Reichweite und der langen Dauer des Ladevorgangs. Vielleicht kann dieses Problem dadurch gelöst werden, dass durch die Möglichkeit des Tausches der Batterielade (Tankstelle als Tauschstation, Roboter entnimmt die „entleerte“ Batterielade und ersetzt sie durch eine Lade mit aufgeladenen Akkus) ein kurzer „Tankvorgang“ ermöglicht wird und auf diese Weise das E-Auto auch langstreckentauglich wird. Der Aufbau der nötigen Infrastruktur müsste allerdings gefördert werden.

3) System Bahn als wesentlicher Teil der E-Mobilität und der Energie- und Verkehrseffizienz

Energie- und Verkehrswende und Klimaschutz bedeuten, dass dem System Eisenbahn eine Schlüsselstelle zukommt. Denn dieses System entspricht von allen Verkehrsträgern der Tatsache am besten, dass der Strom im Zuge des Umstiegs auf erneuerbare Energien die energetische Hauptsäule des Verkehrs werden wird und dass der Gesamtenergieeinsatz deutlich reduziert werden muss. Das System Bahn kann den Strom am effektivsten in Antriebskraft umwandeln.

Daher ist eine **Bahn-Offensive** notwendig.

In Österreich ist auf elektrifizierten Strecken die Bahn wegen des hohen Wasserkraft-Anteils bei Bahnstrom die bereits vorhandene, klimaschonende, hoch effiziente Technik für E-Mobilität. Während die Elektrifizierung von Dieselstrecken relativ rasch möglich ist, wird die Umstellung des Straßenverkehrs auf E-Antrieb länger dauern. Weitere Energieeffizienz-Vorteile der Bahn: Rollwiderstand auf Schienen nur 1/10 gegenüber der Straße, geringe Steigungen...

Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass die Bahn das Rückgrat eines flächendeckenden, attraktiven öffentlichen Verkehrs bildet. Es muss zu einer massiven Verkehrsverlagerung von der Straße zur Bahn kommen. Und diese Verlagerung muss durch ausreichende Bahn-Attraktivität und -Kapazität ermöglicht werden.

C) Kaufmännische Praxis beim Stromhandel der neuen physikalischen Situation anpassen

- 1) Die Stromgewinnung aus Wind und Sonne ist wegen der Schwankungen kaum voraussehbar und daher für die Spekulation nicht geeignet. Wenn Stromhändler im Sinne des freien Strommarktes den Strom an der Börse im Voraus einkaufen (Termingeschäfte), um preisliche Vorteile nützen zu können, dann kann es vorkommen, dass zum Lieferzeitpunkt der Wind ausbleibt (oder Sturm herrscht) und der Verkäufer gezwungen ist, den Strom von einer anderen Quelle aufzutreiben – vielleicht sogar von Fossil- oder Atomkraftwerken –, um den vertraglich zugesicherten Strom liefern zu

können. Das passt absolut nicht zur Energiewende. Daher ist die Spekulation ein Feind der Energiewende.

- 2) Versorgungssicherheit und Qualität (frei von Atomstrom und von Strom unbekannter Herkunft) müssen Vorrang haben vor den Dividenden der Aktionäre und vor dem Wettbewerb. Das gegenseitige Unterbieten bei den Stromtarifen darf nicht die Versorgungssicherheit gefährden. Wir brauchen endlich einen Plan, der gewährleistet, dass nicht nur die Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen wächst, sondern auch die Komplementärstrukturen mitwachsen können. Bis diese Komplementärstrukturen in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen, sind Zwischenlösungen notwendig. So können z. B. Gaskraftwerke und die Notstromaggregate, die in vielen öffentlichen Gebäuden vorhanden sind, plötzlich auftretende Flaute bei Wind- und Sonnenstrom überwinden.
- 3) Ebenso wichtig ist Transparenz bei den Strompreisen. Der derzeitige Tarifschub ist ein Problem.
- 4) Außerdem geht von dem Wettlauf der Stromhändler, die Konsumenten mit dem billigsten Strom zu ködern, ein fatales Signal aus. Es wird die Illusion genährt, wir bräuchten einfach nur auf erneuerbare Energien umzusteigen und könnten ansonsten so weitermachen wie bisher. In Wirklichkeit müssen wir den Energieverbrauch halbieren.
- 5) Wegen der zeitweisen Überproduktion von Windstrom ist der Marktpreis bei Strom in Europa sehr niedrig. Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energiequellen (z. B. Betreiber von Kleinwasserkraftwerken) müssen mit indirekt oder direkt gefördertem Strom von Atom- und Braunkohlekraftwerken konkurrieren. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Ursachen für das Chaos beim Strommarkt liegen einerseits bei der derzeit üblichen kaufmännischen Praxis des Stromhandels, andererseits auch bei dem zu niedrigen bzw. fehlenden CO₂-Preis und bei den ins Hintertreffen geratenen Komplementärstrukturen und -techniken, wie Stromspeicherung, Hochspannungsleitungen, Erzeugung von solaren Kohlenwasserstoffen und E-Mobilität – und nicht bei der Ökostromförderung, wie von der E-Wirtschaft und von der E-Control behauptet wird!

Die Energiewende ist für die großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen und für die Stromhändler eine enorme Herausforderung. Sie müssen Teil der Energiewende werden bzw. sich in die Energiewende integrieren lassen.

Wir können zwar nicht 100%-ig beweisen, ob wir mit unseren Abgasen den Klimawandel verursachen. Wir können aber auch das Gegenteil nicht beweisen.

Es ist daher sinnvoll, ja in höchstem Maße notwendig, schon auf Grund des – dringenden – Verdachtes, dass wir Menschen die Klimaerwärmung verursachen, im Sinne des Klimaschutzes zu handeln und vorsorglich die Klimagas-Emissionen zu reduzieren.

Sollte der Mensch nicht die Ursache am Klimawandel sein, so ist mit der Energie- und Verkehrswende, also mit der Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien und auf Energie- und Verkehrseffizienz, nichts verloren, denn es gibt ja neben dem Klimaschutz auch andere Gründe, den Ausstieg aus der fossilen Energie zu forcieren! Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist auf jeden Fall ein Gewinn.

Sollte es aber stimmen, dass der Mensch den Klimawandel verursacht, dann wäre es – milde gesagt – grob fahrlässig, nichts dagegen unternommen zu haben. Man muss diese Möglichkeit wie ein Faktum ernst nehmen, sich die entsetzlichen Folgen von sich häufenden Hungersnöten durch Hitzeperioden und Trockenheiten, von zerstörerischen Stürmen und Hochwässern und von den durch den Klimawandel verursachten Wanderbewegungen vor Augen führen, um zu begreifen, dass auf uns sowohl gigantische humanitäre als auch ökonomische Probleme zukommen. Unsere Nachkommen werden uns wegen unserer Untätigkeit noch mehr verurteilen als wir heute die Verbrechen der Nazis anprangern.

Apropos Fracking:

Abgesehen von ökologischen Bedenken – ist jeder Euro, der für die Gewinnung von Schiefergas, also für fossile Energie ausgegeben wird, ein verlorener Euro. Es müsste klar sein, dass gezielt und mit voller Kraft in die Erneuerbaren und in die Energie- und Verkehrseffizienz investiert werden muss. Schiefergas hat mit der Energiewende wahrlich wenig zu tun.

Apropos Energiewende-Gegner und Klimawandel-Skeptiker:

Ignorieren wir ihre kleinkarierten Einwände und fordern wir sie auf, statt Destruktion zu betreiben konstruktive Beiträge zu liefern. Außerdem gibt es neben dem Klimaschutz auch andere wichtige Gründe, die eine Abkehr von fossilen Energieträgern erfordern.

Sich darauf auszureden, dass es nichts hilft, wenn wir Europäer den Treibhausgasausstoß reduzieren, ist lächerlich, ja kindisch! Schließlich muss mit konsequentem Klimaschutz irgendjemand anfangen. Und wer? Natürlich jene, die den Treibhauseffekt am meisten verursacht haben, also wir, die Menschen der Industrieländer. Und natürlich auch jene, die ökonomisch zu den Potentesten gehören, also auch wir. Sich auf die USA als die noch schlimmeren Klimasünder auszureden bringt uns beim Klimaschutz nicht weiter. Wir können bei den nächsten UN-Klimakonferenzen nur beeindrucken und fordernd auftreten, wenn wir selber Taten und Fortschritte vorzuweisen haben.

Apropos China:

Die Treibhausgasemissionen pro Person sind in China niedriger als in der EU. Außerdem emittiert die EU (und USA) schon seit Beginn der Industrialisierung in steigendem Ausmaß Treibhausgase, sodass der Treibhauseffekt in weitaus größerem Ausmaß von der EU (und noch mehr von den USA) verursacht wird als von China.

EU-Vorgaben nützen nichts, wenn die nationalen Regierungen nicht mitziehen und die Energiewende bei den Bürgern nicht ankommt.

Österreichs „Energierategie 2020“ ist ein Beispiel dafür, wie wertvolle Zeit verstreicht, ohne dass es zu einem deutlichen Rückgang beim Energieverbrauch, vor allem bei den fossilen Energieträgern, kommt. Diese „Energierategie 2020“ strebt nämlich – statt eines Rückgangs – bloß eine Stabilisierung des Endenergieeinsatzes an. Die Nichterreichung des Kyoto-Zieles, die den Zukauf von Emissionszertifikaten um ca. 500 Millionen Euro erforderlich machte, hat viele Menschen hellhörig gemacht.

Österreichs Bevölkerung ist bereit zum Klimaschutz.

Man muss ihr nur reinen Wein einschenken. Aber diverse Lobbys und Eliten wollen uns weismachen, dass wir uns beim Klimaschutz Zeit lassen sollen. Man droht damit, dass wir mit konsequentem Klimaschutz die Industrie vertreiben würden und somit Arbeitsplätze vernichten würden. Das ist Destruktion pur.

Bald wird mit der Ausarbeitung der „Energiestrategie Österreich 2030“ begonnen werden. Es muss mit diesem neuen Papier zu einer Klimaschutz-Aufbruchstimmung kommen! Die Geschichte lehrt uns, dass alle großen Errungenschaften im Kleinen ihren Ursprung hatten. Österreich wäre prädestiniert für die Rolle des Vorreiters und würde sicher Verbündete finden.

Es geht in erster Linie darum, was unsere Nachkommen brauchen und was welttauglich ist. Unsere Enkelkinder und kommenden Generationen haben Vorrang vor den Dividenden der Aktionäre.

Unternehmen wir endlich etwas, sowohl als Österreich als auch als EU, und reden wir uns nicht ständig auf andere aus!

Peter Baalman
Interimistischer Plattform-Sprecher

Hauptstraße 78
4890 Frankenmarkt
Mobil 0699/10363695
E-Mail schieneipeter@aon.at
www.fahrgast-ooe.at

Heinrich Höbarth
Obmann „Klimaschutz-Initiative“
www.ks-i.org

Fabrikstraße 28
4600 Wels
Mobil 0664/4016102
E-Mail heinrich.hoebarth@gmx.at